

**Juden zwischen Kaiser, Landesfürst und lokaler Herrschaft.
Gemeinsamkeiten und Differenzen jüdischen Lebens im Süden des Alten Reichs in
Spätmittelalter und Früher Neuzeit (1350 – 1800)**

Institut für Europäische Kulturgeschichte
Augsburg, 22. bis 24. Oktober 2004

Die Geschichte der Juden im Reich während der Frühen Neuzeit findet erst seit relativ kurzer Zeit intensive Aufmerksamkeit in der historischen Forschung. Im Gegensatz zum Mittelalter mit seinen städtischen Gemeinden und deren kultureller Blüte einerseits sowie den zahlreichen Verfolgungen und Vertreibungen andererseits galten die Jahrhunderte zwischen Reformation und Aufklärung als eine ereignisarme Phase des kulturellen Niedergangs und erst langsamer Rekonsolidierung jüdischen Lebens nach dem Dreißigjährigen Krieg. Jüngste Forschungen am Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg oder im Rahmen der Projekte „Germania Judaica IV“ und „Austria Judaica“ haben geholfen, dieses Bild zu revidieren.

Nach den spätmittelalterlichen Vertreibungen aus den meisten Reichsstädten und Territorien des Heiligen Römischen Reichs lebten Juden in der Frühen Neuzeit vor allem auf dem Land, in zunächst sehr instabilen Verhältnissen, die sich erst langsam (zeitlich asynchron) festigten. Migrationsbewegungen, die mit dem Umbruch jüdischer Siedlungsstruktur einhergingen, sind bis heute nur in Ansätzen erforscht, die einfache Formel „von der Stadt auf das Land“ erweist sich allerdings als zunehmend problematisch. Neue jüdische Siedlungsschwerpunkte entstanden vor allem im Südwesten (Schwaben) und Südosten (Niederösterreich, Böhmen, Mähren) des Reichs, Regionen, die sich sowohl hinsichtlich ihrer Herrschaftsstruktur, als auch der Dichte der jüdischen Siedlungen stark unterschieden. Dieser Raum wurde mit der Tagung „Juden zwischen Kaiser, Landesfürst und territorialer Herrschaft“ das erste Mal umfassend und vergleichend betrachtet.

Zugleich erschien es sinnvoll, die Frühe Neuzeit als Epoche nicht isoliert zu betrachten, sondern längerfristige Entwicklungen zu berücksichtigen. Besonders die spätmittelalterlichen Verhältnisse sollten mit einbezogen werden, um auch in zeitlicher Hinsicht „Gemeinsamkeiten und Differenzen“ diskutieren zu können. Ein weiteres Anliegen der Tagung war es, der inzwischen von vielen Seiten geforderten Integration der jüdischen Geschichte in die „allgemeine“ Geschichte Rechnung zu tragen. So wurden auch HistorikerInnen aus anderen Disziplinen eingeladen, aus ihrer Perspektive Fragestellungen und Ansätze zur Positionierung der jüdischen Geschichte formulieren zu helfen.

Diesem Kommunikationsbedarf Rechnung tragend, fand unter der Leitung von *Dr. Martha Keil*, *Prof. Dr. Rolf Kießling* und *Prof. Dr. Stefan Rohrbacher* vom 22. bis 24. Oktober 2004 am Institut für Europäische Kulturgeschichte in Augsburg eine dreitägige internationale Fachtagung zur jüdischen Geschichte in der Vormoderne statt. Die Finanzierung der Tagung mit TeilnehmerInnen aus sechs Staaten übernahmen die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das Kulturforum der Österreichischen Botschaft Berlin.

Die in Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg, dem Institut für Geschichte der Juden in Österreich in St. Pölten und dem Institut für Jüdische Studien an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Forschungsprojekt „Germania Judaica IV“,

veranstaltete Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, vor dem Hintergrund laufender Forschungsinitiativen aktuelle Fragestellungen und Ergebnisse zu diskutieren und Perspektiven für die weitere wissenschaftliche Arbeit zu formulieren. Wichtig erschien dabei nicht nur der überregionale Vergleich, sondern auch die Integration verschiedener Disziplinen und Forschungsfelder (Landesgeschichte, jüdische Geschichte, Judaistik, Rechtsgeschichte etc.).

Das Hauptanliegen der Tagung, nämlich eine möglichst intensive Diskussion zu führen, wurde durch eine Gliederung der Tagung in drei Kommunikationsebenen umgesetzt. Den einzelnen Sektionen mit Vorträgen zum aktuellen Forschungsgeschehen wurden ein/e ModeratorIn und zwei bis drei KommentatorInnen zugeordnet, die den Kontext skizzierten und Leitfragen formulierten. Ergänzend dazu fanden drei offene Gesprächsrunden mit ausgewiesenen ExpertInnen statt, in denen gezielt Forschungsstand und -perspektiven sowie sich daraus ergebende Fragen reflektiert und die Verortung der jüdischen Geschichte in der „allgemeinen“ Geschichte diskutiert wurden. Um dieses Konzept, das von allen TeilnehmerInnen eine hohen Einsatzbereitschaft forderte, auch umsetzen zu können, wurden bereits vorab einleitende Texte zu den einzelnen Sektionen und Abstracts der Vorträge auf der Tagungshomepage <http://www.uni-augsburg.de/institute/iek/> publiziert. Dass dringender Gesprächsbedarf nach einer gemeinsamen, forschungsperspektivisch weiterführenden Bestandsaufnahme bestand, bewiesen nicht nur die durchwegs ausgesprochen intensiv geführten Debatten, sondern vor allem das rege Besucherinteresse von über 90 TeilnehmerInnen.

Eröffnet wurde die Tagung im Namen der Universitätsleitung durch die Prorektorin der Universität Augsburg *Frau Prof. Dr. Karin Aschenbrücker*. *Prof. Wolfgang J. E. Weber* begrüßte die TeilnehmerInnen in seiner Funktion als Geschäftsführender Direktor des Instituts für Europäische Kulturgeschichte im Rahmen eines im Anschluss an den ersten Veranstaltungstag stattfindenden Empfangs in den Räumlichkeiten des Instituts.

Zu Beginn des wissenschaftlichen Teils umriss *Rolf Kießling* (Augsburg) zunächst das wissenschaftliche Konzept der Tagung. Die Landjuden würden nach ihrer „Entdeckung“ nun verstärkt in den Mittelpunkt der Forschung rücken. Die Epoche zwischen den spätmittelalterlichen Vertreibungen aus den Städten und der Konsolidierungsphase des 18. Jahrhunderts, die in der Vergangenheit oft mit dem Signum einer Übergangszeit bedacht worden war, gewinne dadurch eigenständigere Züge. Dennoch sei besonders für die Verhältnisse im Süden des Alten Reichs mit seiner Vielfalt an Herrschaftsformen – von Territorien bis zu kleinsten reichsunmittelbaren Herrschaften – und der Polarität von Austreibung und Ansiedlung von Juden zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine vorschnelle Generalisierung möglich. Vielmehr seien weitere Einzelstudien in vergleichender Perspektive notwendig, die den Blick sowohl nach „innen“ – in die jüdische Gemeinde – als auch nach „außen“, auf die vielfältigen Rahmenbedingungen jüdischer Existenz richten. Die Gewichtung dieses Blicks wurde zu einem der Hauptdiskussionspunkte der folgenden Tage.

Dies zeigte sich bereits in der ersten Sektion, die den „Quellen zur jüdischen Geschichte“ gewidmet war. In seiner Einleitung in die Sektion betonte *Yacov Guggenheim* (Jerusalem) die große Bedeutung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Forscherinnen und Forschern. Da angefangen vom Hebräischen bis hin zu den Ausdrucksformen von Kunst und Musik für die Erforschung der jüdischen Geschichte und Kultur eine Vielzahl von Sprachen verstanden werden müssten, die die Kenntnisse eines Einzelnen bei weitem überstiegen, sei ein dialektischer Austausch von Forscherinnen und Forschern unterschiedlicher Disziplinen und Qualifikationen dringend nötig. Auch in der historischen Forschung sei heute mehr denn je der „Teamworker“ gefragt.

Die Vielfalt der Quellen zur jüdischen Geschichte wurde im Folgenden exemplarisch vorgestellt. Zunächst stellten *Eveline Brugger* und *Birgit Wiedl* (St. Pölten) im ersten Vortrag der Tagung mit dem Titel „...und anderfrume leute genuch, paide christen und juden. Quellen zur christlich-jüdischen Interaktion im Spätmittelalter“ ein derzeit am Institut für Geschichte der Juden in Österreich durchgeführtes Projekt zur Erschließung von Quellen zur mittelalterlichen Geschichte der Juden in Österreich vor, das sich nicht zuletzt durch die

Breite der Quellengrundlage auszeichnet. Von den Referentinnen besonders hervorgehoben wurden die von der bisherigen Forschung wenig beachteten Privaturkunden, die von Juden ausgestellt oder für Juden produziert wurden, vor allem Verträge und Schuldurkunden, die das Quellenspektrum wesentlich erweiterten. Nur durch eine Zusammenschau der unterschiedlichsten Quellentypen, wie auch anschließend von *Helmut Teufel* (Brno/Aschaffenburg) und *Michael Toch* (Jerusalem) betont wurde, ist eine möglichst umfassende Rekonstruktion der jüdischen Existenz im Spätmittelalter möglich. Neben Urkunden sowie historiographischen und literarischen Texten stellen besonders die Aufbereitung serieller Quellen (Rechnungen) einerseits und genuin hebräischer Quellen andererseits ein dringendes Desiderat der Forschung dar.

Falk Wiesemann (Düsseldorf) beschäftigte sich mit dem „Wert der Quellenerzeugnisse aus den Genisot für die historische Forschung“ und damit mit von der Geschichtswissenschaft oft wenig beachteten nichtschriftlichen Quellen zur jüdischen Geschichte. Für die Rekonstruktion der religiösen Alltagskultur schätzt Wiesemann den Quellenwert von Genisot – nicht mehr verwendeten liturgischen Texten und Geräten, aber auch Alltagsgegenständen, die am Dachboden der Synagogen gelagert wurden und in der Regel aus dem 17.-19. Jahrhundert stammen – im Gegensatz zu anderen Historikern relativ hoch ein. Die Gebrauchsgegenstände, die sich im Besitz von Landjuden befanden, setzen notwendige Kontrapunkte zu der von der älteren Forschung besonders beachteten jüdischen „Hochkultur“. Schriftliche und nichtschriftliche Quellen bilden so eine ebenso untrennbare Einheit wie die unterschiedlichen Perspektiven der innerjüdischen und obrigkeitlichen Überlieferung. Ein dazu geplanter Beitrag von *Birgit E. Klein* (Düsseldorf), „Obrigkeitliche und innerjüdische Quellen: ein untrennbares Miteinander“, musste krankheitsbedingt leider entfallen.

„Kontinuität und Wandel jüdischer Siedlungsschwerpunkte im Süden des Reiches und in den habsburgischen Ländern“ war Gegenstand der zweiten Sektion des Tages unter der Leitung von *Klaus Lohrmann* (St. Pölten). Die Vorträge von *Anna C. Fridrich* (Basel), „Zur Entstehung von Landjudengemeinden im Nordwesten der heutigen schweizerischen Eidgenossenschaft (16.–18. Jahrhundert)“, *Stefan Lang* (Tübingen), „Die Judenpolitik des Herzogtums Württemberg und ihr Einfluss auf die jüdische Besiedlung Niederschwabens (1498-1650)“, und *Peter Rauscher* (St. Pölten), „Feinde der Städte, Diener des Adels? Die Entwicklung jüdischer Siedlungen in Niederösterreich (16.–17. Jahrhundert)“, spannten eine breiten thematischen und geographischen Bogen. Während im Erzherzogtum Österreich unter der Enns im 17. Jahrhundert bis zu ihrer Ausweisung 1670/71 Juden in über fünfzig Siedlungen auf dem Land wohnten, konnten sie sich im Fürstbistum Basel und der solothurnischen Vogtei Dorneck nur an wenigen Orten längerfristig etablieren. Trotz dieser unterschiedlichen Entwicklungen, lassen sich strukturelle Gemeinsamkeiten festmachen: in beiden Untersuchungsräumen herrschten jüdische Kleinstsiedlungen vor, so dass der Begriff der „Landjudengemeinde“, der die Existenz einer tatsächlichen religiösen „Gemeinde“ suggeriert, zu problematisieren ist. Von Juden aus verschiedenen Orten gemeinschaftlich genutzte Friedhöfe belegen sowohl für die nordwestlich Eidgenossenschaft wie auch für Niederösterreich einerseits fehlende Gemeindestrukturen, andererseits weisen sie auf enge Verbindungen zwischen einzelnen jüdischen Siedlungen hin. Auch wenn sich die Ansiedlungen zunächst durch einen hohen Grad an Instabilität auszeichneten und häufig in Grenzzonen lagen, die die Mobilität erleichterten, scheint wegen der hohen jüdischen Siedlungsdichte in einzelnen Regionen Niederösterreichs der Begriff der „Atomisierung“ kaum haltbar. Weder für das Fürstbistum Basel, die Vogtei Dorneck oder Niederösterreich lässt sich eine landesfürstliche Ansiedlungspolitik nachweisen. Anhand des Herzogtums Württemberg kann deutlich gemacht werden, dass auch Reichsstände, die auf ihren Territorien keine Juden duldeten, eine aktive (Anti)Judenpolitik betrieben und damit das jüdischen Leben einer Region stark beeinflussen konnten.

In den anschließenden Kommentaren von *Christoph Cluse* (Trier), *Markus Wenninger* (Klagenfurt) sowie *Manfred Tschalkner* (Bregenz) wurde die Frage gestellt, warum es besonders im Alpenraum – sowohl in der Eidgenossenschaft als auch beispielsweise in der Herrschaft Feldkirch – zu einem massiven Widerstand gegen die Ansiedlung von Juden kam. Außerdem wurde die Hypothese vertreten, die Differenzen zwischen Spätmit-

telalter und Früher Neuzeit in der jüdischen Siedlungsstruktur könnten wegen einer fehlenden Überlieferung von Quellen zu mittelalterlichen Landgemeinden möglicherweise geringer sein, als dies bisher von der Forschung erkannt wurde.

Im Anschluss an die zweite Sektion folgte unter der Leitung von *Rolf Kießling* die erste Gesprächsrunde zum Thema „Jüdische Geschichte im Südwesten des Alten Reichs und in den habsburgischen Ländern: Stand und Perspektiven der Forschung“ mit *Alfred Haverkamp* (Trier), *Jacques Picard* (Basel), *Stefan Rohrbacher* und *Barbara Staudinger* (St. Pölten). Nachdem Rolf Kießling einen detaillierten Fragenkatalog entwickelt hatte, spitzte sich die folgende Diskussion in erster Linie auf zwei Themen zu: Erstens darauf, wie die Vernetzung zwischen den einzelnen WissenschaftlerInnen erhöht werden könnte, und zweitens, ob und inwieweit sich ein regionaler Zugang zur jüdischen Geschichte als sinnvoll erweist. Dabei wurde besonders die Möglichkeit einer Intensivierung der Forschung durch eine stärkere Vernetzung der einzelnen Institutionen und Forschungsprojekte erörtert. Wie Alfred Haverkamp und Stefan Rohrbacher übereinstimmend feststellten, ist für die letzten beiden Jahrzehnten ein großer Fortschritt innerhalb der jüdischen Geschichte im deutschsprachigen Raum und ein intensiverer Austausch mit den israelischen Kollegen zu verzeichnen. Diese Erfolge dürften aber nicht dazu führen, vor allem innerjüdische Fragestellungen an Israel „abzuwälzen“, vielmehr seien durch eine verstärkte Annäherung zwischen Geschichte und Judaistik zunehmend eigene Kompetenzen aufzubauen.

Kontrovers gestaltete sich die Diskussion um die Frage nach einem regionalen Zugang zur jüdischen Geschichte. Während einerseits die Auffassung vertreten wurde, dass einzelne Regionen für Juden von nicht allzu großer Bedeutung gewesen seien, und es daher für einen Juden möglicherweise nicht relevant war, ob er sich in Schwaben oder in der Ukraine aufhielt, es sich bei Juden also um eine „transnationale“ und „transterritoriale“ Gruppe handelte, wurde von anderer Seite an dem Raumkonzept durchaus festgehalten. Besonders von rechtsgeschichtlicher Seite wurde auf den Zusammenhang von Herrschaftsraum und Rechtsstellung der Juden verwiesen; außerdem wurde auf der Existenz verschiedener Wirtschaftsräume insistiert, die auch für die Handelstätigkeit von Juden eine Rolle gespielt hätten. Gerade auch Grenzen, wie die sogenannte „Türkengrenze“ zwischen christlicher und islamischer Welt, hätten trotz aller Mobilität auch für Juden Räume definiert. Geographische Räume, so wurde festgestellt, sollten allerdings nicht zum alleinigen erkenntnisleitenden Konzept werden. Rechtliche, soziale oder auch kulturelle Räume wären ebenso wie andere Fragestellungen (z. B. Bildungs- und Geistesgeschichte) verstärkt in die Forschung zu integrieren.

Den zweiten Konferenztag leitete die Sektion „Materielle Lebensgrundlagen und soziale Differenzierung“ unter dem Vorsitz von *Michael Toch* (Jerusalem) ein. Toch zeigte einleitend das breite Spektrum an Fragestellungen auf, indem er besonders auf die Notwendigkeit hinwies, Kontinuitäten und Brüche genau herauszuarbeiten. Dies gelte für die Änderungen im jüdischen Handel ebenso wie für Wandlungen in den Familien- und Haushaltsstrukturen. Schließlich dürften trotz der „Verdorfung“ der Juden seit dem auslaufenden Mittelalter die jüdischen Metropolen wie Frankfurt am Main oder Prag und andere mittelgroße jüdische Siedlungen nicht vernachlässigt werden.

In seinem Vortrag untersuchte *Thomas Peter* (Trier) die „Wirtschaftliche Tätigkeit und soziale Differenzierung der Znaimer Juden im Spiegel der Judenbücher“, die für die Jahre 1415-1438 überliefert sind. Die dort verzeichneten Kreditgeschäfte zwischen Christen und Juden umfassen zwar keineswegs alle Wirtschaftsbeziehungen, lassen aber deutliche Rückschlüsse auf das soziale Profil der Juden im südmährischen Znaim zu. Besonders deutlich hebt sich eine kleine Oberschicht ab, innerhalb der auch die Frauen bei Abwesenheit ihrer Männer die Geschäfte führten. Eine eigenständige oder gar konkurrierende Tätigkeit der Frauen im Kreditwesen ist allerdings nicht feststellbar, ebenso wenig geschlechtsspezifische Differenzen, wie z. B. unterschiedliche Kundenkreise.

Während bei Thomas Peter die soziale Oberschicht und ihre wirtschaftlichen Handlungsspielräume im Mittelpunkt standen, setzte sich *Martha Keil* (St. Pölten) in ihrem Vortrag „Der Name der Frauen. »judinne« in obrigkeitlichen Urkunden des deutschen Spätmittelalters“ genauer mit der Rolle der jüdischen Frauen im Geschäftsleben auseinander. „Jüdinnen“ wurden als Gruppe in den mittelalterlichen Urkunden in der Regel nicht genannt, sondern unter die Kategorie „Juden“ subsummiert, während sie im Kontext von Steuerforderungen seitens des Landesfürsten, aber auch innerhalb der jüdischen Finanzverwaltung direkt angesprochen wurden. Da dies bedeuten muss, dass der Begriff „Jüdinnen“ bewusst dann verwendet wurde, wenn ausdrücklich Frauen mit einbegriffen werden sollten, lässt sich auf eine durchaus aktive Rolle jüdischer Frauen im Geschäftsleben und zum Teil auch auf eine hohe soziale Stellung von Jüdinnen schließen, die damit keineswegs nur „passive Schachfiguren im politischen Spiel“ waren. Die Diskussion wurde im Anschluss wesentlich durch die Kommentare von *Michaela Schmölz-Häberlein* (Karlsruhe), die vergleichend auf die Chancen weiblicher Lebensgestaltung in der Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert hinwies, und *Hans-Jörg Gilomen* (Zürich), der einen Vergleich der jeweiligen gesellschaftlichen Rollen von Jüdinnen und Christinnen forderte, bereichert. Die Zusammenschau von weiblichen Lebenskonzepten im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit zeigte anhand der Verschiedenheit der Überlieferungssituation, dass sich Forschungsfragen an den vorhandenen Quellen orientieren müssen, Vergleiche aber dringend notwendig sind.

Mit dem Spannungsverhältnis „Christliche Umwelt und Juden: Normative Voraussetzungen und Alltag“ beschäftigte sich die folgende vierte Sektion. *Sabine Ullmann* (Augsburg) stellte in ihrer Einleitung zwei Forschungsansätze zur jüdischen Geschichte gegenüber: ein „isolierender“, die Ghettoexistenz der Juden betonender und besonders an den inneren Verhältnissen interessierter Zugang zur jüdischen Geschichte auf der einen und ein „interaktionistisches“ Konzept, das vor allem die wechselseitigen Einflüsse von Juden und ihrer christlichen Umwelt untersucht, auf der anderen Seite. Letzteres dürfe freilich nicht überzogen werden. Während der Einfluss der entstehenden modernen Staatlichkeit auf die jüdische Existenz beispielsweise durch die Einschränkung der rabbinischen Gerichtsbarkeit nicht geleugnet werden könne, seien quellenmäßig belegte Kontakte zwischen Christen und Juden oft zu wenig, um von einer tatsächlichen Interaktion sprechen zu können. Dementsprechend setzten sich die folgenden Vorträge mit möglichen Formen der Interaktion von Juden und Christen in den Landgemeinden als auch aus der Perspektive der obrigkeitlichen Normsetzung auseinander. Beides, normierende Gesetzgebung, die das Zusammenleben zwischen Juden und Christen zu regeln versuchte, und die alltägliche Realität bestimmten das Verhältnis von christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit im Reich. Eine sehr eingeschränkte Form des Zusammenlebens zwischen Christen und Juden trotz großer räumlicher Nähe zeichnete *Nathanja Hüttenmeister* (Düsseldorf) in ihrem Vortrag „Alltägliches Miteinander oder getrennte Gemeinden: das Leben im Dorf am Beispiel der pappenheimischen Herrschaften“. Obwohl die Juden an den meisten Rechten und Pflichten im Dorf teil hatten, wirtschaftlich eng mit ihren christlichen Nachbarn verbunden waren und mit diesen täglichen Kontakt pflegten, kam es besonders in Krisenzeiten häufig zu Konfrontationen. Die Grenzen, die unterschiedliche Religion und Rechtsstellung bedeuteten, machten eine Integration unmöglich.

Die Normierung jüdischen Lebens durch die christliche Obrigkeit beleuchtete das Referat von *Karl Härter* (Frankfurt/Main): „Juden in der Policeygesetzgebung südwestdeutscher Reichsstände: Schutz und Verrechtlichung – Ausgrenzung und Kriminalisierung“. Auf Basis von quantitativen Daten wurde verdeutlicht, dass zwar in der Frühen Neuzeit kein separates Judenrecht geschaffen wurde, gerade im Südwesten des Reichs das Leben von Juden jedoch durch Judenordnungen und sonstige Policeygesetze einer immer stärkeren Normierung ausgesetzt war. Die zunehmende Verrechtlichung gewährte zwar auch Juden eigene Handlungsspielräume, führte aber vor allem im 18. Jahrhundert auch zu einer stärkeren Ausgrenzung und Kriminalisierung bestimmter sozialer Schichten, wie der „Betteljuden“.

An die Frage nach dem qualitativen Verhältnis zwischen Juden und Herrschaft knüpfte auch *Johannes Mordstein* (Augsburg) in seinem Vortrag „Selbstbewußte Untertanen – Obrigkeitlicher Judenschutz am Beispiel der Judenschutzbriefe in der Grafschaft Oettingen 1637–1806“ an. Vor dem Hintergrund einer sehr

günstigen Quellenüberlieferung kann gezeigt werden, dass die oettingischen Juden an dem kommunikativen Prozess der Ausstellung von Normen aktiv teilhatten und ihre Supplikationen einen integralen Verfahrensbestandteil bildeten. Juden können daher nicht ausschließlich als Objekte obrigkeitlicher Politik verstanden werden, sie waren selbst politische Akteure, die ihren Handlungsspielraum auszunutzen wussten. In den anschließenden Kommentaren von *Susanna Burghartz* (Basel), *Stephan Laux* (Düsseldorf) und *Wolfgang E. J. Weber* (Augsburg) sowie einer intensiv geführten Debatte wurde betont, dass der diagnostizierte Prozess der Verrechtlichung des Verhältnisses zwischen Obrigkeit und jüdischer Bevölkerung nicht automatisch zu mehr Rechten für die Juden führte, das Recht vielmehr restriktiv war. Angesichts der prinzipiellen Ungleichheit der ständischen Gesellschaft könne allerdings nicht von einem einfachen Gegensatz zwischen „den Juden“ und „den Christen“ gesprochen werden, vielmehr seien in beiden Fällen die vielfältigen sozialen Gruppen zu unterscheiden. Gerade für die Erforschung der Interaktion zwischen Juden und Obrigkeit müssten die einzelnen Herrschaftsräume mit jüdischer Bevölkerung unter stärkerer Einbeziehung der – vermeintlichen – „Flächenstaaten“ miteinander verglichen werden, ohne freilich die spezifisch innerjüdischen Entwicklungen zu ignorieren.

Die letzte, von *Stefan Rohrbacher* (St. Pölten) geleitete Sektion des Tages befasste sich schließlich mit dem Thema „Innerjüdische Organisationsformen“. *Rotraud Ries* (Düsseldorf) richtete in ihrem Beitrag „Kommunikation und Shtadlanut in der frühneuzeitlichen Judenschaft des Reiches“ den Blick auf die Träger der Kommunikation zwischen Juden und den höchsten weltlichen Herrschaftsträgern, als dessen wichtigster Repräsentant Samson Wertheimer als „diplomatische Zentrale der Frankfurter Juden am Kaiserhof“ angesehen werden kann. Mit der Einschaltung eines Shtadlans – eines Fürsprechers – sollte ein Kommunikationsprozess mit der Obrigkeit zu Stande kommen, zu dem mitunter auch eine effiziente Politik hinter den Kulissen gehörte. Entgegen der lange eingenommenen Opferperspektive der jüdischen Geschichte spielte der Shtadlan eine aktive Rolle, auch wenn die Kommunikation asymmetrisch, der Erfolg seiner Mission im Wesentlichen vom Willen der Herrschaftsträger abhängig war.

Ebenfalls mit der Schnittstelle zwischen innerjüdischer Organisation und Obrigkeit befasste sich *Barbara Staudinger* (St. Pölten) in ihrem Vortrag „Die Wiener Gemeinde und die Entstehung der österreichischen Landjudenschaft (ein Vergleich mit Prag)“. Fast gleichzeitig wie im benachbarten Böhmen bildete sich Mitte des 17. Jahrhunderts auf landesfürstlichen Druck in Niederösterreich eine Landesjudenschaft, die vor allem mit der Steuereinhebung betraut war, die Landjuden jedoch auch nach Außen hin vertrat, also auch eine Shtadlanfunktion übernahm. Vom Landesfürsten ähnlich wie die Wiener Judenschaft privilegiert, sollten die Landjuden jedoch bis 1670 dem Wiener Rabbinat, so auch der ausdrückliche Wille der Obrigkeit, unterstellt bleiben. Deutlich wurde, dass die strenge Unterscheidung zwischen obrigkeitlichem Einfluss und genuin innerjüdischen Prozessen im Einzelfall kaum möglich ist.

Yacov Guggenheim (Jerusalem) verfolgte in seinem Referat „Die Verwaltung von Wissen: Jeschiwa und bne jeschwa in der Frühneuzeit“ schließlich die bisher kaum erforschte Entwicklung der in den größeren und wohlhabenderen Gemeinden in Aschkenas im Lauf des 16. Jahrhunderts entstehenden Jeschiwot. Im Gegensatz zur Jeschiwa als Privatorganisation wurde diese von der Gemeinde getragen. So existierte beispielsweise in Frankfurt am Main 1564 ein Gremium von 13 Familienvätern, die zur Jeschiwa gehörten und rabbinische Entscheidungen trafen. Im Gegensatz zu anderen Gemeindeeinrichtungen ist diese Form der Jeschiwa bisher kaum bekannt und stellt ein Desiderat für künftige Forschungen dar. Dementsprechend forderten beide Kommentatoren, *Israel Yuval* (Jerusalem) und *Rainer Barzen* (Trier) die innerjüdische Perspektive noch stärker zu berücksichtigen.

Abgeschlossen wurde der intensive Arbeitstag durch die zweite Gesprächsrunde unter der Leitung von *Claudia Ulbrich* (Berlin) zu dem Thema „Jüdische Geschichte: Minderheitengeschichte ohne Mehrheit?“, an der *Michael Brenner* (München), *André Holenstein* (Bern) und *Thomas Winkelbauer* (Wien) mitwirkten. In ihrer Einführung verteidigte Claudia Ulbrich den Ansatz einer jüdischen Geschichte als

Minderheitengeschichte. In einem multiethnischen Europa stehe eine Minderheit immer der Dominanzkultur der Mehrheit gegenüber, die kritisch analysiert werden müsse. Weiterhin plädierte Ulbrich für eine Gleichberechtigung von mikro- und makrogeschichtlichen Ansätzen. Im Zuge der folgenden Debatte wurden Chancen und Grenzen der Vergleichbarkeit der Rolle von Juden mit der anderer Minderheiten ausgelotet. Dabei wurde nicht nur die Ähnlichkeit der ökonomischen „Funktion“ von Juden und christlichen Minderheiten betont, sondern auch eine stärkere Untersuchung der innerjüdischen Kommunikationsstrukturen angeregt.

Thema des abschließenden Vormittags der Tagung waren „Grenzen und Mobilität“. Nach einem Problemaufriß von *Friedrich Battenberg* (Darmstadt) wandte sich *Reinhard Buchberger* (St. Pölten) in seinem Vortrag „Das Leben im Grenzraum: Grenzräume zwischen Österreich, Ungarn und dem Osmanischen Reich – Die Grenze der Christenheit als Chance für die Juden?“ der im Verlauf der Tagung mehrfach geforderten Gegenüberstellung der Existenzbedingungen für Juden im christlichen wie auch im muslimischen Herrschaftsraum zu. Während die Gefahren in der völlig destabilisierten Überlappungszone von muslimischer und christlicher Herrschaft auch das Leben und den Handel von Juden negativ beeinflussten, ergaben sich durch die Vermittlung zwischen beiden Räumen erhebliche ökonomische Chancen für risikobereite jüdische Händler. Den Mangel an „Rechtssicherheit“ kompensierten Juden zumindest zu einem Teil durch ein Netz ökonomischer, sozialer oder familiärer Beziehungen in die Zentren des osmanischen und habsburgischen Machtbereichs, mit deren Hilfe sie im Krisenfall Druck auf lokale Eliten ausüben konnten.

Auf die Frage, ob von einer spezifisch „jüdischen Mobilität“ gesprochen werden kann, konzentrierte sich *Wolfgang Treue* (Düsseldorf) mit seinem Vortrag „In die Jeschive und auf den Jahrmarkt: Jüdische Mobilität im Südwesten des Alten Reiches“. Im Vergleich mit Formen christlicher Bevölkerungsbewegungen konnte herausgearbeitet werden, dass in vielen Fällen eine deutliche Übereinstimmung hinsichtlich der Anlässe für Mobilität von Christen und Juden – sei es der Besuch von Bildungseinrichtungen, von Jahrmärkten oder eine generell nur wenig sesshafte Lebensweise von Teilen der Unterschichten beider Gruppen – nachgewiesen werden kann. Dennoch, so eine These, handelte es sich bei Juden insgesamt um eine überdurchschnittlich mobile Gruppe.

Das im Laufe der Tagung mehrmals zur Sprache gekommene jüdische Kommunikationsnetz war Gegenstand des Vortrags von *Debra Kaplan* (New York): „Die Juden im Elsass zwischen Reich und französischer Krone: Wahrnehmungen von Gemeinde“. Für die Identität der jüdischer Gemeinden abseits der jüdischen Zentren, wie im Elsass, waren allerdings nicht nur die tatsächlich bestehenden Verbindungen von Bedeutung. Vielmehr verstanden sich auch Juden am Rande des jüdischen Siedlungsraums – so das zentrale Ergebnis einer Analyse von Selbstzeugnissen – als eingebunden in eine „panaschkenasische Welt“. *Stefi Jersch-Wenzel* (Berlin) und *Stefan Litt* (Düsseldorf) wiesen in ihren Kommentaren darauf hin, dass Unterwegssein als Lebensform von Wohnortwechsel, schichten- und altersspezifischem Austausch durch Eheschließung, und Migrationsursachen wie Ausweisung und Verfolgung differenziert werden müssten. Daneben wurde wiederum die Möglichkeit des Vergleichs mit anderen Minderheiten diskutiert. Die Frage, inwieweit strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den Vertreibungen von Juden und anderer (christlicher) religiöser Minderheiten zu erkennen sind, lenkte das Fachgespräch ein weiteres Mal auf eines der zentralen Themen der Tagung.

In der von *Alfred Haverkamp* geleiteten Abschlussdiskussion fassten *Rolf Kießling*, *Martha Keil* und *Stefan Rohrbacher* die Ergebnisse zusammen. Als äußerst positiv bewertet wurde die gelungene internationale Kooperation und das Bemühen, Epochengrenzen aufzubrechen. Dabei wurde der Blick besonders auf die jüdische Geschichte im 16. Jahrhundert gelenkt, die von der Frühneuzeitforschung bisher wenig beachtet wurde. Trotz der zweifellos großen Fortschritte bei der Erforschung der jüdischen Geschichte in der Vormoderne wären deren Ergebnisse verstärkt in die „allgemeine Geschichte“, vor allem aber in die ohnehin interdisziplinär ausgerichtete Kultur- und Geschlechtergeschichte zu integrieren. Deren Fragestellungen und Methoden, die zuvor von der jüdischen Geschichte erst zögerlich rezipiert wurden, stoßen inzwischen auch in dieser

Disziplin auf reges Interesse. Dies könnte ein wichtiger Schritt sein, die jüdische Geschichte aus einem auch forschungstechnisch in der Vergangenheit selbstgemachten „Ghetto“ hervorzuholen.

Der Gegensatz zwischen einem eher integrierenden und einem eher isolierenden Ansatz jüdischer Geschichte, wie er im Verlauf der Tagung skizziert wurde, scheint heute, wie der Verlauf der Tagung belegt, zumindest weitgehend überwunden zu sein. Vielmehr, und dies wurde zweifelsfrei unter Beweis gestellt, konnte sich mittlerweile eine offene, sowohl regional als auch methodisch vielseitige wissenschaftliche Gemeinschaft zur Erforschung der jüdischen Geschichte im Alten Reich in Mittelalter und Früher Neuzeit etablieren, die sich verstärkt über die engeren Fachgrenzen hinaus in die geschichtswissenschaftliche Diskussion einbringt. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wurde durch die Tagung „Juden zwischen Kaiser, Landesherr und territorialer Herrschaft“ gesetzt. Die Publikation der Beiträge in Form eines Sammelbandes ist geplant.

Peter Rauscher, Barbara Staudinger

Kontakt:

Dr. Peter Rauscher – Dr. Barbara Staudinger

Institut für Geschichte der Juden in Österreich

Dr. Karl Renner-Promenade 22

A-3100 St. Pölten

Mehr Informationen zur Tagung finden Sie unter:

<http://www.uni-augsburg.de/institute/iek/>

Institut für Europäische Kulturgeschichte Augsburg

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2004.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München

Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2004, Nr.098

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2004/098-04.pdf>